

Beschlussvorlage

Nr. HA/028/2015

Aktenzeichen	103.33	Datum: 28.05.2015
Federführendes Amt	Amt für Bildung, Familie und Soziales	
Amtsleiter/in	Carmen Eckert-Leutz	Tel.: 07261 404-148

Gremium	Behandlung	Datum	Status
Hauptausschuss	Entscheidung	23.06.2015	öffentlich

Beratungsgegenstand:

Erstellung einer wissenschaftlichen Studie zum Thema Arbeitsmarktübergang für Asylsuchende - Zustimmung zur Mitwirkung

Vorschlag / Ergebnis:

Der Hauptausschuss stimmt der Mitwirkung der Stadt Sinsheim an der o.g. Studie zu.

Sachverhalt:

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg hat im Rahmen von „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ eine Projektförderung für ein „Reallabor Stadt“ ausgeschrieben. Ziel, Begründung und weitere Modalitäten der Ausschreibung können der Anlage entnommen werden.

Eine ganz besondere Herausforderung, die im Rahmen eines derartigen Projekts untersucht werden könnte und sollte, ist das Thema Arbeitsmarktübergang für Asylsuchende. Eine wissenschaftliche Untersuchung dieses Themas macht Sinn, weil es einerseits gilt, die Integration der Flüchtlinge durch Teilhabe am Arbeitsmarkt zu fördern, und andererseits dem Fachkräftemangel bedingt durch die demographische Entwicklung entgegen gewirkt werden soll.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim hält eine derartige Untersuchung für äußerst sinnvoll und stünde als renommierte Einrichtung mit ihren sachlichen und personellen Ressourcen für die Durchführung dieser Untersuchung zur Verfügung. Untersucht würde der Arbeitsmarktübergang von Asylsuchenden in Wiesloch und Sinsheim. Das Untersuchungsgebiet auf die beiden Großen Kreisstädte zu beschränken, würde aus Sicht des ZEW folgende Vorteile bieten:

- Beide Städte verfügen über größere Gemeinschaftsunterkünfte des Kreises
- Das Untersuchungsgebiet wäre überschaubar
- Beide Städte liegen im Zuständigkeitsbereich der Arbeitsagentur Heidelberg und des Jobcenters Rhein-Neckar
- In beiden Städten gibt es ein großes ehrenamtliches Netzwerk zur Unterstützung der Asylsuchenden

Bei einem Vorgespräch am 4. Mai im Wieslocher Rathaus, an dem Vertreter der Städte Wiesloch und Sinsheim, des Rhein-Neckar-Kreises (Sozialarbeiter in der GUK Wiesloch), des ZEW, der Arbeitsagentur Heidelberg sowie des Netzwerks Asyl teilnahmen, wurde die derzeitige Situation der Asylsuchenden sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen für deren Arbeitsaufnahme erläutert. Die bisherigen Erfahrungen, auch im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit, haben gezeigt, dass ein großes Interesse bei den Asylsuchenden besteht, Arbeit aufzunehmen. Alle Beteiligten erhoffen sich durch eine derartige wissenschaftliche Untersuchung wichtige Erkenntnisse, um den aufgezeigten Herausforderungen besser begegnen zu können. Die Voraussetzungen an beiden Standorten werden als hervorragend erachtet. Alle Teilnehmer können sich eine Zusammenarbeit bei dieser Studie vorstellen. Als weitere Akteure sollen neben der Metropolregion Rhein-Neckar auch die Volkshochschulen Sinsheim und Südliche Bergstraße gewonnen werden, wobei Letztere bereits Interesse signalisiert hat.

Der finanzielle und personelle Aufwand ist von der Forschungseinrichtung (dem ZEW), zu leisten, die auch den Projektantrag stellt und die bei einer Zusage die Fördermittel erhält. Die übrigen Akteure am Projekt üben lediglich eine unterstützende Funktion aus. Hierbei sind in erster Linie die Sozialarbeiter in den Unterkünften die vorrangigen Ansprechpartner. Eine Einbindung der ehrenamtlich Tätigen ist vorgesehen. Die Strukturen der ausländerrechtlichen Aspekte und Verfahren werden ebenfalls untersucht.

Die Mitwirkung an der Studie erfordert eine förmliche Absichtserklärung der Stadt Sinsheim, die einen Gremienbeschluss voraussetzt.

Jörg Albrecht
Oberbürgermeister

Ulrich Landwehr
Dezernatsleitung

Carmen Eckert-Leutz
Amtsleiter/in

Anlage:

Ausschreibung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst